



FSI - Newsletter November (2) 2019

21.11.2019 15:01

Von FSI - Forum Soziale Inklusion e. V. <info@fsi-gleichbehandlung.de>

An info@fsi-gleichbehandlung.de <info@fsi-gleichbehandlung.de>

www.fsi-gleichbehandlung.de



FSI - Newsletter November 2019 (2)

Heute Abend im ZDF: Maybrit Illner und Franziska Giffey zum Thema

"Armutsrisiko Familie – heute Eltern, morgen arm?"

Do, 21. November 2019, 22:15 Uhr, ZDF

Armutsrisiko Familie – heute Eltern, morgen arm?

"maybrit illner" am 21. November 2019

Die Gäste am 21. November 2019:



Johannes Vogel, FDP

Sprecher für Arbeitsmarkt und Rentenpolitik der Bundestagsfraktion



Franziska Giffey, SPD

Bundesfamilienministerin



Jutta Allmendinger

Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB)



Iris Dworeck-Danielowski, AfD

familienpolitische Sprecherin der NRW-Landtagsfraktion



Fee Linke

alleinerziehende Mutter



Marie-Christine Ostermann

Unternehmerin



Die Anmoderation der Redaktion von Maybrit Illner lautet:

"Kinder sind immer noch das größte Armutsrisiko in Deutschland. Ein Verdiener reicht in vielen Fällen kaum aus, um die Familie vor Armut zu bewahren. Und das, obwohl der Staat jährlich rund 200 Milliarden Euro für die Förderung ausgibt. Viel Geld mit wenig Wirkung?"

"Was hilft Familien und Alleinerziehenden tatsächlich? Braucht es noch mehr Kindergeld? Was bringt das Gute-Kita-Gesetz? Und ist nicht auch die Wirtschaft gefragt – mit höheren Löhnen oder flexiblen Arbeitszeitmodellen?"

Gerd Riedmeier, Vorsitzender FSI, hegt Bedenken bezüglich des Formats der Talkrunde und formuliert die Kritik im Schreiben vom 21.11.2019 an die Redaktion.

Die Kritik bezieht sich:

- inhaltlich auf ein reduziertes Verständnis von Familie
- auf die exkludierende Verwendung des Begriffes "Alleinerziehend"
- auf die einseitige Einladungspraxis (5 Frauen - 1 Mann)
- auf das Fehlen eines Vertreters von Väterverbänden
- auf die Dominanz Mütter-lastiger Verbände (WZB und VAMV)

Kritisch sieht Riedmeier vor allem die Rolle von Bundesfrauenministerin Franziska Giffey (Selbstbezeichnung).

Das Schreiben zum Download:

MEHR



Finanzminister Olaf Scholz (SPD) will Vereinen, die ausschließlich Männer als Mitglieder führen, den Status der „Gemeinnützigkeit“ verwehren.

Darüber kann man diskutieren, ist doch Gemeinnützigkeit an einer Idee von Gemeinschaftlichkeit orientiert. Sie ist finanzrechtlich Voraussetzung dafür, Spenden steuerlich absetzen zu können.

Was Olaf Scholz nur bedingt im Fokus hat, ist der Blick auf Frauenvereine. In Deutschland existieren Verbände, die ausschließlich Frauen als Mitglieder zulassen und Männern die Mitgliedschaft kraft ihrer Satzung verwehren.

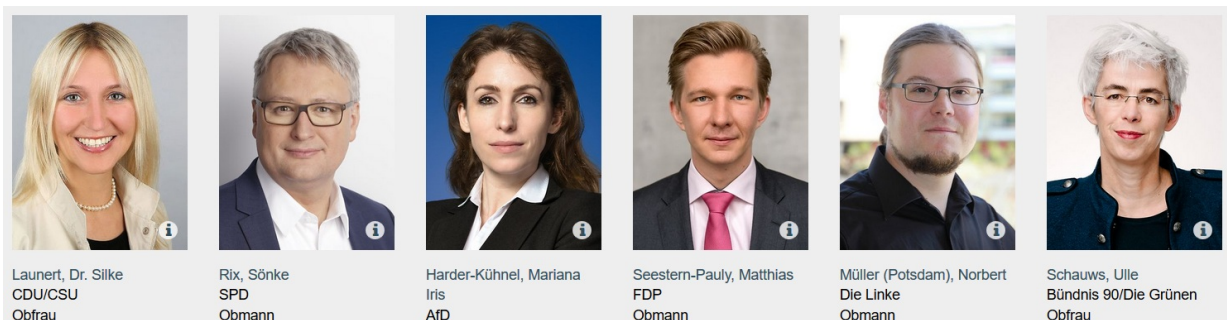
Viele dieser Frauenvereine betreiben in Berlin politische Lobbyarbeit - nicht für das Gemeinwesen, sondern ausschließlich für die Interessen eines Geschlechts, des weiblichen. Beispiele: Deutscher Frauenrat, Deutscher Juristinnenbund, Dachverband i.d.a. und andere.

Diese Verbände werden aus dem Bundesfrauenministerium jährlich mit Millionenbeträgen alimentiert. Männerverbände erhalten kein Geld.

Es ist an der Zeit, die einseitige Förderpraxis und die unberechtigte Verleihung des Status der Gemeinnützigkeit an sie zu überdenken.

Olaf Scholz plant jedoch das Gegenteil - Frauenverbände von den geplanten Sanktionen auszunehmen...

[Leserbrief an die Süddeutsche Zeitung]



Familienausschuss des Bundestages verweigert Männer- und Väterverbänden erneut die Möglichkeit zum Vortrag

Die **Interessengemeinschaft Jungen Männer und Väter** (IG-JMV) ersuchte in ihrem Schreiben vom 28.10.2019 erneut den Familienausschuss des Bundestages um eine Einladung zum Vortrag über Männer- und Väterrelevante Themen.

Die Obleute (m/w/d) der Fraktionen lehnten dies erneut - wie zu Beginn der Legislaturperiode - ab. Damals durfte der Deutsche Frauenrat (FR) ohne Themenbegrenzung vortragen. Die Vorsitzende Sabine Zimmermann (Die Linke) begründete die Ablehnung Anfang 2018 mit dem Hinweis, der FR "bilde bereits die Vielfalt im Diskurs" ab.

Dieses Mal lautete die Begründung, die familienpolitischen Sprecher (m/w/d) der Fraktionen kennen ja bereits die Positionen der IG-JMV.

Wie ist dies möglich, da sämtliche familienpolitischen Sprecherinnen und Obleute von SPD, Die Linke und Die Grünen jedes Gespräch verweigern?

Gleichzeitig lancieren die SPD- und Frauen-geführten Bundesministerien der Justiz (BMin Lambrecht) und für Familie (BMin Giffey) Kampagnen wie "Demokratie fördern"...



Margrit Stamm, 69, ist Professorin em. für Pädagogische Psychologie und Erziehungswissenschaften an der Universität Fribourg. Seit ein paar Jahren führt sie das Forschungsinstitut Swiss Education, in Aarau das von ihr gegründet worden ist.

Schweizer Illustrierte vom 4. November 2019

Interview mit Professorin Margrit Stamm

«Neue Väter brauchen neue Mütter»

Was braucht es, damit Väter eine gute Beziehung zu ihren Kindern aufbauen können? Neue Mütter, meint Professor em. Margrit Stamm.

Im Gespräch mit der Schweizer Illustrierte erklärt die renommierte Erziehungswissenschaftlerin, was das konkret heisst und wie es sich umsetzen lässt.

HIER der link zum Interview.

Christine Lambrecht

Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz



Unterhaltsrecht: Entlastung für Väter

Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) will das Unterhaltsrecht reformieren und Väter entlasten, die sich nach einer Trennung intensiv um ihre

Kinder kümmern. Im Frühjahr solle dazu ein Gesetzentwurf vorlegt werden, sagte Lambrecht der Neuen Osnabrücker Zeitung.

Es sei "eine sehr positive, ja tolle Entwicklung, dass sich heute viel häufiger beide Eltern nach einer Trennung um Kind oder Kinder kümmern wollen", betonte Lambrecht. Die getrennt lebenden Familien hätten aber nur eine Summe zur Verfügung.

Bislang muss der Elternteil, der nicht überwiegend für die Pflege- und Erziehungsarbeit zuständig ist, Geld bezahlen. Die volle Unterhaltspflicht gilt selbst dann, wenn das Kind drei von sieben Tagen bei einem Elternteil ist.

Quelle: **Süddeutsche Zeitung** v. 18.11.2019

Wertung:

Nach der Veröffentlichung eines äußerst unkonkreten "Thesenpapiers" zum Sorge- und Umgangsrecht durch Frau Lambrechts Ministerium (im Oktober 2019) nach 3 1/2 Jahren Vorlauf bestehen große Zweifel, ob der Ministerin dieses Mal ein großer Wurf gelingt oder ob das SPD-geführte Bundesministerium erneut wie gewohnt "auf Zeit spielt".

Impressum:
FSI - Forum Soziale Inklusion e. V.
Herrengasse 11
83512 Wasserburg am Inn
www.fsi-gleichbehandlung.de
info@fsi-gleichbehandlung.de
Newsletter abbestellen
